

Geschichte und Gesellschaft

Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft

Herausgegeben von

Werner Abelshäuser / Gisela Bock / Christoph Conrad /
Ute Frevert / Wolfgang Hardtwig / Manfred Hildermeier /
Wolfgang Kaschuba / Jürgen Kocka / Dieter Langewiesche /
Paul Nolte / Jürgen Osterhammel / Hans-Jürgen Puhle /
Reinhard Rürup / Wolfgang Schieder / Klaus Tenfelde /
Hans-Peter Ullmann / Hans-Ulrich Wehler / Hartmut Zwahr

Geschäftsführend

Gisela Bock / Dieter Langewiesche / Hans-Ulrich Wehler

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

Geschichte und Gesellschaft

27. Jahrgang 2001 / Heft 3

Herausgeber dieses Heftes:

Gisela Bock, Dieter Langewiesche, Hans-Ulrich Wehler

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus

von Ursula Lehmkuhl

Die Auseinandersetzung mit Forschungstrends und Fragestellungen der Politik- oder Diplomatiegeschichte findet in dieser Zeitschrift, deren Untertitel zugleich Programm ist, eher selten statt. Und wenn sie explizit wird, wie etwa in einem Forumsbeitrag aus dem Jahr 1996, dann wird eher ein negatives Bild vom Zustand der (deutschen) Politikgeschichte gezeichnet. So beklagten Hans-Ulrich Wehler und Ernst-Otto Czempiel in einer ausführlichen Besprechung der von Klaus Hildebrand 1995 vorgelegten Studie zur deutschen Außenpolitik von 1871 bis 1995¹ die mangelnde „Modernität“ der deutschen Politikgeschichte.² Mangelnde Attraktivität der historischen Teildisziplin Diplomatiegeschichte ist auch im Kreise amerikanischer Fachkollegen ein Thema, das vor allem in historiographischen Beiträgen immer wieder diskutiert wird. Sie manifestiert sich u. a. darin, daß diplomatiehistorische Kurse nicht mehr zum Pflichtkanon des Geschichtsstudiums gehören oder daß freiwerdende diplomatiehistorische Professuren zugunsten von Sozial-, Mentalitäts- oder Geschlechtergeschichte umgewidmet werden. Die Klage über den verstaubten Charakter der Politikgeschichte ist weder hierzulande noch in den USA neu.³ Die Diskussion um die „Modernisierung“ der Politikgeschichte erhielt allerdings nach der Debatte in den 1960er Jahren um die „New Left History“⁴ Anfang der 1980er

Jahre, ausgelöst durch einen Beitrag von Charles Maier, eine neue Dimension.⁵ Zur Überwindung des Zustands unzureichender theoretischer und methodischer Innovation werden seither in regelmäßigen Abständen neue Ansätze und Fragestellungen, aber auch neue Forschungsmethoden vorgestellt und diskutiert, die vor allem um zwei Aspekte kreisen: die Forderung nach einer Überwindung einer einseitigen Außenpolitikgeschichte und die Erweiterung des politikhistorischen Forschungsspektrums um den Bereich „Kultur“.⁶

Das methodische Zauberwort, mit dem die Internationalisierung politikhistorischer Fragestellungen garantiert werden soll, heißt multiarchivarische Forschung. Durch die Erfassung unterschiedlicher nationaler Überlieferungsstränge sollen die außenpolitischen Strategien und Optionen aller beteiligten (politischen) Akteure sowie die Interaktion zwischen ihnen Berücksichtigung finden.⁷ Für die Durchführung multiarchivarischer Forschung ist in der Regel die Beherrschung von Fremdsprachen unerlässlich. So wurde im amerikanischen Diskussionskontext als Mittel, die Internationalisierung zu fördern, der obligatorische Fremdsprachenerwerb im Rahmen des Geschichtsstudiums gefordert. Auch die künftige Forschergeneration sollte in die Lage versetzt werden, nicht englischsprachiges Archivmaterial im Rahmen ihrer Forschungstätigkeit auszuwerten. Es wurde schließlich diskutiert, die Bezeichnung „Diplomatiegeschichte“ und das damit immer noch konnotierte Konzept einer neorankeanischen Außenpolitikanalyse durch Internationale Geschichte zu ersetzen.⁸ Damit sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, daß Außenpolitik immer das Resultat eines Mehrebenenprozesses ist: einerseits von vertikalen Interaktionsprozessen zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren im internatio-

1 K. Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, 1871–1945*, Stuttgart 1995.

2 H.-U. Wehler, „Moderne“ Politikgeschichte? Oder: Willkommen im Kreise der Neorankeaner vor 1914, in: GG 22, 1996, S. 257–66; E.-O. Czempiel, *Deutsche Außenpolitik von 1871 bis 1945*, in: GG 22, 1996, S. 243–56; vgl. auch Conze, *Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension in der Internationalen Geschichte*, in: W. Loth u. J. Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte*, München 2000, S. 117–40, hier: S. 122–23.

3 Für die deutsche Diskussion vgl. Conze, „Moderne Politikgeschichte“, Aporien einer Kontroverse, in: Fs. Schwabe, Stuttgart 1998, S. 19–30.

4 Der beklagenswerte Zustand der amerikanischen Diplomatiegeschichte wurde schon in den 1960er und frühen 1970er Jahre beschrieben und diskutiert. Vgl. etwa den Beitrag von E. R. May, *The Decline of Diplomatic History*, in: G. A. Billias u. G. N. Grob (Hg.), *American History: Retrospect and Prospect*, New York 1971, sowie die Auseinandersetzungen um die „New Left History“. Einen zusammenfassenden Überblick über die Diskussion bietet J. M. Siracusa, *New Left Diplomatic Histories and Historians. The Ame-*

rican Revisionists, Claremont/Cal. 1993. Ich beschränke mich in meiner Analyse auf die letzten zwanzig Jahre, weil die beteiligten Akteure und die diskursiven Rahmenbedingungen in diesem Zeitraum gleich bleiben und sich in bezug auf den Inhalt deutlich von den Diskussionen der 1960er und frühen 1970er Jahre unterscheiden. Damit ist es möglich, das Verhältnis von kritischer Bestandsaufnahme und Umsetzung der Forderung nach Modernisierung der Diplomatiegeschichte in historische Forschung zu rekonstruieren und zu bewerten.

5 C. Maier, *Marking Time: The Historiography of International Relations*, in: M. G. Kammen (Hg.), *The Past Before Us: Contemporary Historical Writing in the United States*, Ithaca/N.Y. 1980, S. 355–87.

6 R. MacMahon, *The Study of American Foreign Relations: National History or International History?* in: *Diplomatic History* 14, 1990, S. 554–64; *A Round Table: Explaining the History of American Foreign Relations*, in: *Journal of American History* 77, 1990, S. 93–180.

7 Auch das Mitte der 1980er Jahre von der DFG geförderte Schwerpunktprogramm „Nordamerika – Westeuropa“ betonte in seinen Förderrichtlinien ausdrücklich multiarchivarische Forschung.

8 Das zentrale amerikanische Fachorgan, die Zeitschrift „*Diplomatic History*“, sollte etwa in diesem Zusammenhang umbenannt werden in „*Journal of International History*“.

nenalen Raum und andererseits von horizontalen Verhandlungsprozessen zwischen staatlichen Akteuren und gesellschaftlichen Gruppen innerhalb eines politischen Systems oder zwischen mehreren politischen Systemen.⁹ Zum Strauß der Vorschläge zur Erhöhung der Attraktivität der Diplomatiegeschichte gehörte letztlich auch die Forderung nach ihrer kulturwissenschaftlichen Fundierung, der Einführung und Umsetzung eines „cultural approach to diplomatic history“.¹⁰ Mit diesem Vorschlag sollte auf die auch in historischer Perspektive zentrale Relevanz der sozialen und kulturellen Bedingtheit von außenpolitischem Verhalten hingewiesen werden – eine Relevanz, die sich offensichtlich auch aus umgekehrter Perspektive, nämlich aus der Sicht der Sozialgeschichte ergibt. So wies Thomas Welskopp in einem Aufsatz zur „Sozialgeschichte der Väter“ darauf hin, daß eine „soziale Geschichte des Politischen in der modernen Gesellschaft“ als eine der großen Herausforderungen und Zukunftsperspektiven der Historischen Sozialwissenschaft zu betrachten sei. Eine soziale Geschichte des Politischen existiere bislang nur in Ansätzen, aber „ihr dürfte ein großes Stück Zukunft gehören“.¹¹

Die als Desiderat für die Zukunft der Historischen Sozialwissenschaft benannte „soziale Geschichte des Politischen“ basiert methodisch ebenso wie die seit Ende der 1970er Jahre vorgetragene Forderung nach einer kulturwissenschaftlichen Fundierung der Diplomatiegeschichte auf einer Wiederentdeckung der Hermeneutik als Grundlage des verstehenden im Unterschied zum erklärenden Ansatz, der in den 1970er Jahren von der Historischen Sozialwissenschaft präferiert wurde, in Deutschland allerdings nie in der szientifischen Radikalität, die man etwa in der amerikanischen Sozialgeschichte der 1970er Jahre findet.¹² Den Inhalt der durch den „linguistic turn“ und die „Posthistoire“ ausgelösten geschichtswissenschaftlichen Theorie- und Methodendiskussion aufnehmend,¹³ werden vor allem theoretische Anregungen aus der Soziologie rezipiert und heuristisch verarbei-

9 Vgl. R. D. Putnam, *Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games*, in: *International Organization* (= IO) 42, 1988, S. 427–60.

10 A. Iriye, *Culture and International History*, in: M. J. Hogan u. T. G. Paterson (Hg.), *Explaining the History of American Foreign Relations*, Cambridge 1991, S. 214–25, hier: S. 214.

11 T. Welskopp, *Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft*, in: GG 24, 1998, S. 177. Ähnlich Conze, der sich bei seiner Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Forschungstrends in der Politikgeschichte das Paradigma der Gesellschaftsgeschichte zu eigen macht.

12 Vgl. J. Kocka, *Sozialgeschichte*, Göttingen 1977, S. 100; ders., *Perspektiven für die Sozialgeschichte der neunziger Jahre*, in: W. Schulze (Hg.), *Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie*, Göttingen 1994, S. 37; G. G. Iggers, *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1993, S. 37.

13 T. Mergel, *Kulturgeschichte – die neue „große Erzählung“? Wissenssoziologische Bemerkungen zur Konzeptualisierung sozialer Wirklichkeit in der Geschichtswissenschaft*, in: W. Hardtwig u. H.-U. Wehler (Hg.), *Kulturgeschichte Heute*, Göttingen 1996, S. 41–77.

tet.¹⁴ Im Zentrum steht dabei die Auseinandersetzung mit den Konzepten ‚Gesellschaft‘ vs. ‚Kultur‘ bzw. dem Selbstverständnis der sich mit ihrer Analyse beschäftigenden historischen Disziplin als ‚Historische Kulturwissenschaft‘ einerseits oder ‚kulturwissenschaftlich fundierter Sozialgeschichte‘ andererseits.¹⁵ Dagegen werden die im Rahmen der politikwissenschaftlichen Theorie- und Methodendiskussion entwickelten Ansätze zur theoretischen Integration des Faktors „Kultur“ nicht nur im Rahmen der allgemeineren geschichtswissenschaftlichen Theoriedebatte, sondern auch im Kontext der diplomatiehistorischen Theorie- und Methodendiskussion kaum wahrgenommen – möglicherweise ein Grund für den beklagten Mangel an „Modernität“ in der Diplomatiegeschichte deutscher wie auch amerikanischer Provenienz.

Im folgenden möchte ich die Debatte um den „cultural approach to diplomatic history“ im Hinblick auf die diskutierten Methoden und die Versuche einer theoretischen Fundierung des Ansatzes analysieren, und zwar aus zwei Blickwinkeln: erstens aus dem einer Politikwissenschaftlerin, die im Bereich der Außenpolitikforschung und der Internationalen Beziehungen¹⁶ gearbeitet hat und dort mit dem Bemühen konfrontiert wurde, sogenannte „weiche“ Faktoren wie Ideen, Normen, Werte, Kultur in ein theoretisches Konzept für die Analyse internationaler Austauschprozesse zu integrieren; zweitens aus der Perspektive einer Diplomatiehistorikerin, die an einer Universität lehrt, die sich dezidiert einem kulturwissenschaftlichen Ansatz verpflichtet fühlt und dies etwa durch die Integration der Historischen Anthropologie im Hinblick auf die Geschichtswissenschaft mit einer klaren inhaltlichen Aussage versehen hat. In bezug auf die beiden hier genannten Diskussionskontexte – für die Politikwissenschaft beziehe ich mich auf die Ansätze des Neo-Institutionalismus, für die Geschichtswissenschaft stehen die theoretischen und methodischen Anleihen aus der Ethnologie und Soziologie im Vordergrund – gilt es danach zu fragen, in welcher Hinsicht sozialwissenschaftliche, kulturhistorische und kulturanthropologische Fragestellungen für die „Modernisierung“ der Diplomatiegeschichte fruchtbar gemacht werden können.

14 Vgl. etwa H.-U. Wehler, *Die Herausforderung der Kulturgeschichte*, München 1998.

15 O. G. Oexle, *Geschichte als Historische Kulturwissenschaft*, in: Hardtwig u. Wehler (Hg.), S. 14–40.

16 „Internationale Beziehungen“ mit großem „I“ meint im folgenden immer die politikwissenschaftliche Teildisziplin, die „Lehre von den internationalen Beziehungen“. Die gleiche Unterscheidung wird im folgenden auch für „Internationale Geschichte“ und „internationale Geschichte“ getroffen. Die Begriffe Politikgeschichte, Diplomatiegeschichte, Internationale Geschichte werden hier als begriffliche Äquivalente benutzt. Diese pragmatische Lösung ist etwa auch von der amerikanischen Zeitschrift „Diplomatic History“ gewählt worden.

I. Kulturansätze in der Diplomatiegeschichte. Die Debatte über neue Ansätze in der diplomatiehistorischen Forschung hat vor allem in den USA eine ganze Reihe von Arbeiten hervorgebracht, die sich den Herausforderungen der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte stellen und Themen wie „American Thought and Culture at the Dawn of the Atomic Age“ (Paul Boyer), „Cultural Internationalism and World Order“ (Akira Iriye) oder „Politics and Culture of Dollar Diplomacy“ (Emily Rosenberg) behandeln. Die Autoren dieser und anderer Studien bemühen sich darum, die Ebene der Ideen und der Kultur mit Ereignissen und Prozessen aus der politischen Geschichte zusammenzuführen.¹⁷ Auch in der deutschen Geschichtswissenschaft hat sich mit der von Wilfried Loth, Anselm Doering-Manteuffel, Jost Dülffer und Jürgen Osterhammel herausgegebenen Reihe „Studien zur Internationalen Geschichte“ ein Diskussions- und Publikationsforum etabliert, auf dem Politikgeschichte, verstanden als „Internationale Geschichte“, präsentiert wird als Geschichte der Beziehungen zwischen den Staaten und Gesellschaften. Die in dieser Reihe publizierten Studien widmen sich der Analyse von Vernetzungsprozessen und von Interdependenzbeziehungen. Die Studien sollen das aufgreifen, „was die systematischen Sozialwissenschaften zur Erklärung der internationalen Beziehungen bereitstellen“. Mit empirisch dichten Untersuchungen sollen sie zur „Präzisierung theoretischer Einsichten“ beitragen.¹⁸ Daß letzteres auch nach langjähriger Diskussion innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft immer noch ein Desiderat ist, unterstreicht Wilfried Loth in der Einleitung zum jüngsten Band in dieser Reihe. „Über ‚Internationale Geschichte‘ ist in der deutschen Geschichtswissenschaft nur selten systematisch nachgedacht worden. Methodische Reflexionen und theoretische Anstrengungen galten seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts vorwiegend der Sozialgeschichte, seit den achtziger Jahren auch der noch politikferneren historischen Anthropologie. . . . Wer hingegen über internationale Beziehungen geschrieben hat, über Außenpolitik, die Geschichte des internationalen Systems oder die wechselseitige Beeinflussung von Staaten und Gesellschaften, kurz: über Krieg und Frieden, über Herrschaft und Abhängigkeit zwischen den Völkern und Nationen, hat in der Regel wenig Anstrengungen auf die explizite Darlegung seiner theoretischen Annahmen und seiner Verfahrensweisen verwendet.“¹⁹

Auch die in der Reihe „Studien zur Internationalen Geschichte“ publizierten Arbeiten zeichnen sich überwiegend durch eine „Theorieabstinenz“ aus,

17 P. Boyer, *By the Bomb's Early Light. American Thought and Culture at the Dawn of the Atomic Age*, Chapel Hill 1985; A. Iriye, *Cultural Internationalism and World Order*, Baltimore 1997; E. Rosenberg, *Financial Missionaries to the World. The Politics and Culture of Dollar Diplomacy, 1900–1930*, Cambridge/Mass. 1999.

18 W. Loth u. a., Programm der Reihe „Studien zur Internationalen Geschichte“. In dieser Reihe sind bisher 10 Bände erschienen.

19 W. Loth, Einleitung, in: ders. u. J. Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte*, München 2000, S. VII.

selbst wenn sie sich empirisch mit den programmatisch formulierten Aspekten der Interdependenz von Politik und Gesellschaft auseinandersetzen. Damit unterscheiden sie sich nicht von den vorne erwähnten Arbeiten amerikanischer und britischer Kollegen. Obwohl mittlerweile das Themenspektrum der Diplomatiegeschichte oder der Internationalen Geschichte um Aspekte der Sozial- und Kulturgeschichte erweitert worden ist,²⁰ findet eine explizite Auseinandersetzung mit kulturwissenschaftlichen Theorien und Methoden im Rahmen diplomatiehistorischer Forschung de facto nicht statt. Nur vereinzelt stößt man auf Bemühungen, theoretische Anleihen aus der Soziologie und Ethnologie im Rahmen einer Forschungsheuristik zu verarbeiten und den benutzten Kulturbegriff zu definieren. In dieser Hinsicht sind insbesondere die Arbeiten von Akira Iriye herauszustellen.²¹ Sein 1991 veröffentlichter Beitrag zum Thema „Culture and International History“ dient seither den amerikanischen Vertretern des „cultural approach to diplomatic history“ als theoretisches Referenzwerk, wenn es um die Frage der Definition von „Kultur“ bzw. der systematischen Einordnung der eigenen Arbeiten geht. Das ist insofern bemerkenswert, als auch Iriyes Beitrag nicht im engeren Sinne als Beitrag zur Theoriedebatte in der Diplomatiegeschichte betrachtet werden kann.²² Daß er gleichwohl als solcher gelesen und zitiert wird, unterstreicht die Tatsache, daß die Vertreter der Diplomatiegeschichte im Unterschied zu Historikern aus anderen Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft auch heute noch eine explizite Methoden- und Theoriediskussion eher vermeiden und sich statt dessen, auch wenn sie neue Themen aufgreifen, im Rahmen des vertrauten methodischen Reper-

20 Einen besonderen thematischen Schwerpunkt bildete die ideelle bzw. kulturelle Unterfütterung des amerikanischen Imperialismus bzw. des Hegemonialstrebens der USA im „American Century“. Vgl. die Auseinandersetzung mit imperialen Diskursen im Symposium „Imperial Discourses: Power and Perception“, in: *Diplomatic History* 22. 1998, S. 533–615; oder die Analyse des imperialistischen Inhalts auf Weltausstellungen, die die gesellschaftliche Akzeptanz imperialistischer Politik sichern sollten: R. W. Rydell, *All the World's a Fair. Visions of Empire at American International Expositions, 1876–1916*, Chicago 1984; oder auch zur wirtschaftlichen „Kolonisierung“ Chinas: E. Rosenberg, *Spreading the American Dream: American Economic and Cultural Expansion, 1890–1945*, New York 1982. Damit knüpft ein Teil der im Rahmen des „cultural approach“ formulierten Arbeiten unmittelbar an das zentrale Thema der „New Left History“ an und erweitert den ökonomischen Zugang zu Fragen des amerikanischen Imperialismus um die Ebene der Kultur.

21 A. Iriye, *Culture and Power: International Relations and Intercultural Relations*, in: *Diplomatic History* 10. 1979, S. 115–28; ders., „Culture“, in: *Journal of American History* 77. 1990, S. 99–107; ders., *Power and Culture: The Japanese-American War, 1941–1945*, Cambridge/Mass. 1981; ders., *Culture and International History*; ders., *Cultural Internationalism*.

22 Vgl. U. Lehmkuhl, „Größe“ und „Selbstbehauptung“ als Formeln britischer Weltgeltung, in: H.-H. Jansen u. dies. (Hg.), *Großbritannien, das Empire und die Welt: Britische Außenpolitik zwischen „Größe“ und „Selbstbehauptung“, 1850–1990*, Bochum 1995, S. 3–29.

toires bewegen und auf bewährte Verfahrensweisen und eingefahrene Praktiken zurückgreifen.²³

Zur Illustration dieser Gleichzeitigkeit von inhaltlicher Öffnung der Diplomatiegeschichte gegenüber Themen aus der Gesellschaftsgeschichte und der Historischen Anthropologie und Theorie- und Methodenabstinenz sollen an dieser Stelle zwei Studien kurz vorgestellt werden. Beide Arbeiten stammen aus der Feder von renommierten Diplomatiehistorikern; sie wurden im Abstand von zehn Jahren voneinander veröffentlicht und bemühen sich darum, politikhistorische und kulturhistorische bzw. kulturanthropologische Fragestellungen zusammenzuführen, um Entwicklungen in bestimmten politischen Konstellationen zu erhellen. Dabei steht bei Paul Boyer und seiner 1985 publizierten Studie „By the Bomb's Early Light“ die Wechselwirkung zwischen Innen- und Außenpolitik in der Frage der Nutzung der nuklearen Waffentechnologie und der Aufrechterhaltung der militärischen Vorherrschaft der USA in den 1950er Jahren im Vordergrund, während David Reynolds in seinem Buch „Rich Relations“ aus dem Jahr 1995 die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA, der „special relationship“, nach den Zweiten Weltkrieg analysiert.

Paul Boyer stellt sich die einfache und dennoch faszinierende Frage, wie die Existenz der Atombombe das Denken und die Kultur der USA beeinflusst hat. Dazu rekonstruiert er den gesellschaftlichen Umgang mit dem Phänomen Atombombe in Medien, Filmen, Ausstellungen und seine Auswirkung auf die kollektive Erfahrung der amerikanischen Gesellschaft im Zeitraum von 1945 bis 1950. Während der Leser vergeblich nach einer expliziten Methoden- und Theoriediskussion zur Fundierung der Fragestellung und Formulierung der Forschungsheuristik sucht, wird er gleich in der Einleitung mit einer eingehenden Reflexion des Autors über das wechselseitige Abhängigkeitsverhältnis von Erkenntnisinteresse und Erkenntnisvorgang, ganz im Sinne der von Anthony Giddens beschriebenen „doppelten Hermeneutik“,²⁴ konfrontiert. Paul Boyer reflektiert dieses Abhängigkeitsverhältnis, indem er eine Fülle autobiographischer Fakten präsentiert: seine Erziehung, die Erfahrungen des Elternhauses, Erzählungen von Freunden. Mit diesen Fakten begründet er sein Erkenntnisinteresse und die Auswahl des analysierten Quellenmaterials. Epistemologisch ist Boyer insofern Konstruktivist. Inhaltlich erfährt man aus der Studie etwas über den Zusammenhang von „Atomic-Bomb Nightmares and World-Government Dreams“, über die Nutzung des Faktors „Angst“, über die „Fantasies of a Techno-Atomic Utopia“, über die sozialen Implikationen der Atomenergie, über die Werte- und Moralkrise, die durch den Atombombenabwurf über

23 Loth, S. VII.

24 Vgl. A. Giddens, Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt 1997³, S. 338–39.

Hiroshima und Nagasaki ausgelöst wurde, über die literarische Verarbeitung der Erfahrungen mit der Atombombe und schließlich über die Versuche der amerikanischen Regierung, der kritische Haltung der amerikanischen Bevölkerung gegenüber der „Bombe“ durch gezielte Propaganda, z. B. die Kampagne über das „friedliche Atom“, entgegenzuwirken.

Damit stehen auch bei den analysierten Problemen solche im Vordergrund, die als „Interpretationen“ des Phänomens bezeichnet werden müssen. Diese „Interpretationen“ werden von Boyer gesammelt und im Rahmen seiner Analyse reinterpretiert. Auch wenn er das methodisch nicht reflektiert, geht er doch nach den klassischen Prinzipien der Sozialforschung vor: Er beschäftigt sich mit Phänomenen, die bereits sinnhaft konstituiert sind und eignet sich im Rahmen des eigenen Forschungsprozesses das an, was die Akteure, mit denen er sich beschäftigt, wußten und wissen mußten, um ihren Alltag bewältigen zu können. Seine eigene Forschungsleistung besteht in der Übersetzung bzw. Vermittlung dieser Bedeutungssysteme für den heutigen Leser. Dieser erfährt zum Beispiel, daß die Aufrechterhaltung der amerikanischen Vorherrschaft im Bereich der Atomwaffen nur möglich war durch die Überwindung des Post-Hiroshima-Traumas in der amerikanischen Bevölkerung. An der Lösung dieser „psychologischen Aufgabe“ beteiligten sich mehrere Agenturen auf unterschiedliche Weise. Wichtig im Sinne der Beeinflussung kollektiver Wert- und Normvorstellungen war vor allem die Regierungspropaganda für das „friedliche Atom“. Eine ähnliche Propagandakampagne wurde im übrigen auch in Europa durchgeführt.²⁵ Mit Hilfe der über mehrere Agenturen laufenden Beeinflussung des „kollektiven Gewissens“ sei es möglich gewesen, bis 1950 ein gesellschaftliches Umfeld zu schaffen, das die Fortsetzung des Nuklearprogramms der amerikanischen Regierung duldet und schließlich sogar politisch mittrug.

Auch in der Arbeit des britischen Diplomatiehistorikers David Reynolds, der durch eine Reihe von analytisch hochinteressanten politikhistorischen Studien zur Zwischenkriegszeit, insbesondere zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA bekannt geworden ist,²⁶

25 Vgl. F. Schumacher, Kalter Krieg und Propaganda. Die USA, der Kampf um die Weltmeinung und die ideelle Westbindung der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1955, Trier 2000. Frank Schumacher und Jessica Gienow-Hecht planen drei Sammelbände zum Thema „Culture and International Relations“. Der erste dieser Bände, in dem sich jüngere deutsche Diplomatiehistoriker und -historikerinnen mit neuen Ansätzen in der politischen Geschichte auseinandersetzen, erscheint im Sommer 2001. Geplant ist der Ausbau dieser im Augenblick sich noch vor allem aus deutschen Nachwuchshistorikern zusammensetzenden Gruppe zu einem europäischen Konsortium, an dem u. a. Marie-Jeanne Rossignol und Barbara Karsky (beide Université de Paris VII), Scott Lucas (Birmingham) und Beate Jahn (Bristol) mitarbeiten werden.

26 D. Reynolds, The Creation of the Anglo-American Alliance 1937–1941. A Study in Competitive Co-operation, London 1981; ders., An Ocean Apart: The Relationship between Britain and America in the 20th Century, New York 1988; ders., Britannia Overruled. British Policy and World Power in the Twentieth Century, London 1991.

stellt sich die Situation hinsichtlich der Theorie- und Methodenreflexion ähnlich dar. Reynolds analysiert in seiner Studie „Rich Relations“ die kollektive Erfahrung der amerikanischen Soldaten und der britischen Bevölkerung während der amerikanischen „Besatzung“ Großbritanniens im Zeitraum von 1942 bis 1945.²⁷ Im Unterschied zu Paul Boyer geht David Reynolds in seiner Arbeit hinsichtlich des benutzten Quellenmaterials (zum großen Teil Oral History-Interviews) ethnologisch vor. Dennoch bleiben neuere Ansätze aus der ethnologischen oder anthropologischen Forschung, wie etwa das Geertzsche Konzept der „dichten Beschreibung“, unerwähnt. Im Zentrum seiner Analyse stehen nicht „dreams“ und „world views“ sondern Stereotypen, die für die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen amerikanischer und britischer Bevölkerung auf britischem Boden zentral waren. Reynolds analysiert auf der Grundlage der Oral History-Interviews das perzeptive Spannungsverhältnis und die alltagsrelevanten Ambivalenzen in den britisch-amerikanischen Beziehungen und kontrastiert diese mit den Ereignissen auf der Ebene der „großen Politik“. Dabei spielen bekannte und häufig zitierte Phrasen wie die, daß die „Yanks“ „oversexed, overpaid, overfed, and over here“ und die Briten „undersexed, underpaid, underfed, and under Eisenhower“ seien, als Quellenmaterial ebenso eine Rolle wie persönliche Erinnerungen, positiver oder negativer Art.

Auch Reynolds reflektiert in seiner Einleitung die Probleme des Erkenntnisvorgangs, geht dabei aber über Hinweise, die hierzulande zum Proseminarstoff gehören, wie etwa „history depends not only on documents but on the questions asked of them“, nicht hinaus.²⁸ Er plädiert für eine Überwindung der traditionellen Unterteilung der Geschichtswissenschaft in die Teildisziplinen Diplomatie-, Militär-, Sozial- und Kulturgeschichte zugunsten eines breiten Konzeptes, das Macht und Kultur, Politik und Gesellschaft, „high politics“ und „low politics“ zu integrieren vermag. In diesem Postulat finden sich fast spiegelbildlich die von Akira Iriye formulierten Ziele des „cultural approach“ wieder, die hinten noch ausgeführt werden. Wie Boyer konzentriert sich Reynolds auf Quellenmaterial, das bereits die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit interpretiert: Kinobilder von GIs, Kriegsbriefe und Tagebücher und vor allem Oral History-Interviews. Die zeitgenössischen Regierungsakten, die er ebenfalls eingesehen hat, spielen demgegenüber und im Unterschied zu seinen früheren Arbeiten eine eher neben- oder untergeordnete Rolle. Wie Boyer reinterpretiert Reynolds diese

Wirklichkeit vor dem Hintergrund seiner eigenen Erfahrungen mit den Unterschieden zwischen der amerikanischen und britischen Kultur und fragt nach ihren Auswirkungen auf die britisch-amerikanischen Sonderbeziehungen. Dabei fließt nicht nur seine enorme historische Sachkenntnis, die er in einer Reihe von Studien über die „special relationship“ bewiesen hat, in die Interpretation ein, sondern auch die Tatsache, daß er mit einer Amerikanerin verheiratet ist und sich selbst als Wanderer zwischen zwei Welten betrachtet. Auch hier finden wir in der Einleitung eines wissenschaftlichen Buches Hinweise auf den persönlichen Erfahrungshorizont des Autors.

Das wichtigste Ergebnis der von Reynolds vorgelegten Analyse liegt in der Neubewertung der Phänomene „special relationship“ und „Americanization“. Indem er diese Phänomene als zeitgenössische Realitätskonstrukte betrachtet und dekonstruiert, entlarvt Reynolds etwa die „special relationship“ als britischen Mythos. Auch die negativen politischen Konnotationen des Phänomens Amerikanisierung führt Reynolds in erster Linie auf britische Fehlperzeptionen zurück, die auf das von zeitgenössischen Kinofilmen geprägte Amerikabild der britischen Bevölkerung zurückzuführen seien. Durch die Anwesenheit der amerikanischen Soldaten und die dadurch bedingte Konfrontation mit „dem Amerikaner“ sei dieses Bild revidiert worden. Die Amerikaner waren gar nicht so „amerikanisch“ wie es das Kinobild den Briten suggerierte. Ebenfalls revidiert wurde die dem Konstrukt der „special relationship“ zugrundeliegende Vorstellung von einer engen politisch-kulturellen Verwandtschaft zwischen Großbritannien und den USA, die beispielsweise in der Metapher vom „American Cousin“ zum Ausdruck gebracht wird. Durch den persönlichen Kontakt mit den amerikanischen Soldaten mußten viele Briten feststellen, daß „Amerika“ im Grunde genommen ein fremdes Land war. Die durch die Erfahrung der „amerikanischen Besatzung“ ausgelösten perzeptiven Korrekturen hatten für die politischen Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der etwa Labour-Außenminister Ernest Bevin seine Außenpolitik explizit an den gesellschaftlichen Konsens koppelte, eine unmittelbare außenpolitische Relevanz.

Außer der Nutzung von sozial- und kulturhistorischem Quellenmaterial zeichnen sich die beiden hier vorgestellten diplomatiehistorischen Arbeiten dadurch aus, daß sie nicht chronologisch, sondern systematisch aufgebaut sind und sich ausführlich und kritisch mit dem benutzten Quellenmaterial auseinandersetzen. Regierungsamtliche Dokumente treten in diesen Arbeiten gegenüber sozial- und kulturhistorischem Quellenmaterial deutlich in den Hintergrund. Die für „traditionelle“ politikhistorische Forschung typische Ontologisierung des Staates wird aufgegeben zugunsten eines liberalen Staatsverständnisses; internationale Beziehungen werden verstanden als Beziehungen zwischen staatlich organisierten Gesellschaften, welche wiederum geprägt sind durch spezifische politische Kulturen, Weltbilder, Normen und Werte. Diese „kulturellen“ Faktoren beeinflussen internatio-

27 D. Reynolds, *Rich Relations. The American Occupation of Britain, 1942–1945*, London 1995.

28 Ebd., S xxvii. Das vollständige Zitat lautet: „Yet history depends not only on documents but on the questions asked of them. To go beyond conventional wisdom about the American presence in Britain we need a frame of reference that transcends the normal subdivisions of historical scholarship – diplomatic, military, social, cultural. This is, therefore, a study in international history in the broadest sense, embracing power and culture, policy and society, high politics as well as real life.“

nale Beziehungen bzw. die Außenpolitik eines Landes insofern, als sie die gesellschaftlichen Anforderungen an den „Staat“ – oder struktur-funktional ausgedrückt: an das politische System – vorstrukturieren.²⁹ Mit der empirischen Aufarbeitung der Beziehung zwischen Normen, Werten, Ideen und Außenpolitik bzw. internationaler Politik entsprechen diese diplomatiehistorischen Arbeiten dem Erkenntnisinteresse der konstruktivistisch orientierten politikwissenschaftlichen Forschung. Ein zentraler Unterschied zwischen den beiden Disziplinen ist allerdings in bezug auf die Theorie- und Methodenreflexion zu beobachten. Während sich in den diplomatiehistorischen Arbeiten die Methodenreflexion auf eine Reflexion des Erkenntnisvorgangs und die daran gekoppelte Frage nach der „Objektivität“ historischer Erkenntnis konzentriert und die Plausibilität der gewonnenen Forschungsergebnisse durch die Überzeugungskraft des ausgebreiteten historischen Materials hergestellt wird, arbeiten die Politikwissenschaftler stärker theorieorientiert und koppeln die Geltung ihrer Forschungsergebnisse an die Überzeugungskraft ihres Theoriegerüsts.

II. Kulturansätze in der Lehre von den internationalen Beziehungen. Auch innerhalb der politikwissenschaftlichen Forschung, insbesondere im Rahmen der Vergleichenden Politikwissenschaft und der Internationalen Beziehungen, sind, ausgehend von einer Wiederbelebung der institutionentheoretischen Debatte Anfang der 1980er Jahre,³⁰ in den letzten zehn Jahren eine Reihe von Studien publiziert worden, die sich empirisch mit der Frage beschäftigen, wie der Faktor Kultur die Außenpolitik oder das Verhalten eines politischen Systems beeinflusst. Hierzu zählen Arbeiten wie Martha Finnemores Studie zum Thema „National Interests in International Society“, die Arbeit von Jeffrey T. Checkel „Ideas and International Political Change“ oder die beiden Sammelbände „Ideas and Foreign Policy“ (Judith Goldstein, Robert O. Keohane) und „The Culture of National Security“ (Peter J. Katzenstein). Im Hinblick auf die deutschsprachige Forschung ist in diesem Zusammenhang insbesondere die Arbeit von Cornelia Ulbert „Die Konstruktion von Umwelt“ zu nennen.³¹ Auch für die politikwissenschaftliche

29 Vgl. E.-O. Czempiel, *Internationale Politik*, Paderborn 1981, S. 119–20.

30 Vgl. hierzu die Arbeiten zur Regime-Forschung: S. D. Krasner, *International Regimes*, Ithaca 1983; B. Kohler-Koch (Hg.), *Regime in den Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden 1989; R. O. Keohane, *International Institutions and State Power*, Boulder/Col. 1989; J. N. Rosenau u. E.-O. Czempiel (Hg.), *Governance without Government. Order and Change in World Politics*, Cambridge 1992; V. Rittberger (Hg.), *Regime Theory and International Relations*, Oxford 1993; T. Gehring, *Dynamic International Regimes. Institutions for International Environmental Governance*, Frankfurt 1994; ders., *Regieren im internationalen System. Verhandlungen, Normen und Internationale Regime*, in: PVS 36, 1995, S. 197–219.

31 J. Goldstein u. R. O. Keohane (Hg.), *Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change*, Ithaca/N.Y. 1993; P. J. Katzenstein (Hg.), *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York 1996; M. Finnemore, *National*

Forschung sollen hier exemplarisch zwei Studien vorgestellt werden, anhand derer der methodisch-theoretische Umgang mit dem Faktor „Kultur“ als Erklärungsvariable für spezifisches politisches Handeln demonstriert werden kann. Ausgewählt wurde die Arbeit von Martha Finnemore, die sich auf die Zusammenarbeit von Nationalstaaten in internationalen Organisationen bezieht und dabei auch historische Beispiele internationaler Kooperation wie etwa die Entstehung des Roten Kreuzes und der Genfer Konventionen analysiert, und der von Peter Katzenstein herausgegebene Sammelband „The Culture of National Security“, der die Wirkung „weicher“ Faktoren im Sachbereich „Sicherheit“ analysiert und damit einen Bereich der Außenpolitik und der internationalen Politik betrachtet, der sich im Hinblick auf die Öffnung gegenüber liberalen oder reflexiven Ansätzen als besonders resistent erweist, obwohl sich auch in diesem Sachbereich internationaler Beziehungen nach der Beendigung der Ost-West-Konfrontation die Rahmenbedingungen für politisches Handeln in Richtung auf eine Vergesellschaftung politischer Entscheidungsprozesse verschoben haben.³² Während realistische und liberale Ansätze der Frage nachgehen, wie nationale Interessen gegen die Interessen konkurrierender Mächte *verteidigt* und *durchgesetzt* werden, fragen beide Arbeiten danach, wie das nationale Interesse *definiert* wird und welchen Einfluß es auf die zentralen politischen Entscheidungen eines Nationalstaats hat. Bei der Beantwortung dieser Frage setzen sich die Autoren mit Faktoren wie Ideen, Normen, Werten und Kultur und ihrer Definitionsmacht auseinander.

Peter Katzenstein erläutert in der Einleitung seines Sammelbandes die gemeinsame Fragestellung und die theoretische Fundierung der Beiträge: „This volume concentrates on two underattended determinants of national security policy: the cultural-institutional context of policy on the one hand and the constructed identity of states, governments, and other political actors on the other. We explore these determinants from the theoretical perspective of sociological institutionalism, with its focus on the character of the states's environment and on the contested nature of political identities. The primary purpose of this book is to establish these causal factors, and the theoretical orientations from which they derive, as relevant for the analysis of national security.“³³ Die Autoren dieses Bandes arbeiten mit einem

Interests in International Society, Ithaca 1996; J. T. Checkel, *Ideas and International Political Change: Soviet/Russian Behavior and the End of the Cold War*, New Haven 1997; C. Ulbert, *Die Konstruktion von Umwelt: Der Einfluß von Ideen, Institutionen und Kultur auf (inter-)nationale Klimapolitik in den USA und der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1997.

32 Vgl. zur Internationalisierung von Sicherheitspolitik und dem damit einhergehenden Wandel in den Grundlagen der internationalen Mächtekonstellationen E.-O. Czempiel, *Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert*, München 1999.

33 P. J. Katzenstein, *Introduction: Alternative Perspectives on National Security*, in: ders. (Hg.), *The Culture of National Security*, S. 4.

soziologischen Verständnis der für die Analyse zentralen Konzepte „Normen“, „Identität“ und „Kultur“. Diese Konzepte werden verstanden als „summary labels to characterize the social factors that they are analyzing.“³⁴ Dabei greift Katzenstein zur Operationalisierung des Normkonzeptes auf die vom soziologischen Institutionalismus entwickelte Unterscheidung in konstitutive Normen, die Akteursidentitäten definieren, und regulative Normen, die adäquate Verhaltensstandards beschreiben, zurück. „Norms either define (or constitute) identities or prescribe (or regulate) behavior, or they do both.“³⁵ Mit dem Begriff „Identität“ wird das für den neuzeitlichen Nationalstaat typische, aber je unterschiedlich konstruierte Verständnis von Nation und Staat erfaßt. „In invoking the concept of identity the authors depict varying national ideologies of collective distinctiveness and purpose. And they refer as well to variations across countries in the statehood that is enacted domestically and projected internationally.“³⁶ Auch mit dem Konzept „Kultur“ werden zwei verschiedene Dimensionen sozial konstruierter und handlungsleitender Inhalte beschrieben: evaluative kulturelle Standards – Normen und Werte – und kognitive kulturelle Standards – Regeln und Modelle –, durch welche die in einem System existierenden sozialen Akteure definiert werden, ihre Funktion innerhalb des Systems bestimmt und die Art der Beziehungen zwischen den Akteuren festgelegt wird.³⁷ Schließlich ordnet Katzenstein die Fragestellung und die Definitionen der Grundbegriffe ein in den Kontext der sogenannten „zweiten Theoriedebatte“, nämlich die Auseinandersetzung zwischen Vertretern des strukturellen Neorealismus und des neoliberalen Institutionalismus, um das eigene Vorgehen und seine theoretische Verankerung offenzulegen.³⁸ Auch Finnemore erläutert in der Einleitung zu ihrer Studie zunächst ihr theoretisches Fundament und ihr methodisches Vorgehen. Sie geht – ganz im Sinne der von Thomas Welskopp skizzierten Sozialgeschichte des Politischen – von einer sozial konstruierten internationalen Umwelt aus, in der Staaten handeln. „States are embedded in dense networks of transnational and international social relations that shape their perceptions of the world

34 Ebd., S. 5.

35 Ebd.

36 Ebd., S. 6.

37 Ebd.

38 Für eine systematische Analyse der Theorieentwicklung in den Internationalen Beziehungen und eine Darstellung der konkurrierenden Ansätze vgl. A. Siedschlag, *Neorealismus, Neoliberalismus und Postinternationale Politik. Beispiel Internationale Sicherheit – Theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation*, Opladen 1997; D. A. Baldwin (Hg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York 1993; R. Powell, *Anarchy in International Relations Theory: The Neorealist-Neoliberal Debate*, in: IO 48, 1994, S. 313–44; für den Vergleich der deutschen und amerikanischen Debatte M. Zürn, *We Can Do Much Better! Aber muß es auf amerikanisch sein? Zum Vergleich der Disziplin ‚Internationale Beziehungen‘ in den USA und in Deutschland*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen (= ZIB)* 1. 1994, S. 98–109.

and their role in that world. States are socialized to want certain things by the international society in which they and the people in them live“.³⁹ Theoretisch orientiert sich Finnemore an der institutionalistischen Variante der soziologischen Organisationstheorie, methodisch am politikwissenschaftlichen Konstruktivismus⁴⁰ und zwar insoweit, als sie von der Prämisse einer sozial konstruierten Natur internationaler Politik ausgeht.⁴¹ Das internationale „social life“ sei organisiert und strukturiert durch Institutionen (z. B. Regierungsbürokratien oder auch internationale Organisationen), deren Binnenleben und Wirkung wiederum stark durch Normen geprägt seien, und zwar durch solche Normen, die Identitäten, Interessen und soziale Realitäten für jene Menschen oder Akteure definieren, die in diesen Organisationen oder Institutionen arbeiten. Finnemore zeigt in ihren empirischen Analysen, auf welche Weise und in welcher Hinsicht unterschiedliche Organisationen durch die Wirkung der in ihnen institutionalisierten Normen staatliches Verhalten beeinflussen. Sie untersucht zu diesem Zweck zwei staatliche und eine nichtstaatliche Organisation: die UNESCO und die Weltbank sowie das Internationale Rote Kreuz. In der empirischen Analyse der Organisationen wird herausgearbeitet, auf welche Weise staatliches Handeln unter dem Einfluß eines internationalen sozialen Systems steht, das von Akteuren unterschiedlichster Provenienz (lokal bis transnational) konstituiert wird. Lokale Ereignisse, die von bestimmten Individuen erlebt wurden, seien in der Lage, wie im Falle von Henry Dunant und dem Roten Kreuz, transnationale Effekte zu provozieren und trügen zur internationalen Institutionalisierung bestimmter Normen und Werte bei. Umgekehrt können transnationale Politiken und Akteursverhalten auf der Systemebene lokale Effekte erzeugen, d. h. individuelles Handeln beeinflussen, wie Finnemore in bezug auf die Weltbank und ihre landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekte nachweist. Die in den von Finnemore herausgestellten Einzelbeispielen analysierten Interessen und Präferenzen der handelnden Akteure entwickelten sich häufig im Kontext einer höchst affektiven sozialen Struktur. Diese sei dafür verantwortlich, daß sich individuelle Interessen internationalisierten bzw. umgekehrt „internationale“ Interessen zu individuellen Interessen werden konnten. Politische Ziele, so Finnemores Zusammenfassung, „will be formed at least in part by the international social context in which we live. Normative valuation on multilateralism and hu-

39 Finnemore, S. 2.

40 Vgl. N. Onuf, *World of Our Making: Rules and Rule in Social Theory and International Relations*, Columbia 1989, sowie A. Wendt, *Social Theory of International Politics*, Cambridge/Mass. 1999. Der politikwissenschaftliche Konstruktivismus greift die von Peter L. Berger und Thomas Luckmann entwickelte Theorie der „Konstruktion sozialer Wirklichkeit“ auf. Vgl. P. L. Berger u. T. Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*, Frankfurt 1980 (engl. *The Social Construction of Reality: A Treatise in the Sociology of Knowledge*, New York 1966).

41 Finnemore, S. 3–4.

man rights, as well as democracy and market economies, will create new political agendas.⁴²

Auch die Beiträge in dem von Peter Katzenstein herausgegebenen Sammelband zeigen, daß das Nationalinteresse keine fixe Größe ist, die darauf wartet, von den als egoistisch-rationale Akteure verstandenen Nationalstaaten entdeckt zu werden. Interessen – auch nationale Interessen – werden vielmehr konstruiert im Prozeß sozialer Interaktion. Während in der Phase des Kalten Krieges der Einfluß kultureller Faktoren auf die nationalen Sicherheitspolitiken weniger ausgeprägt war, habe sich – so Katzenstein – der Faktorenmix, der nach dem Ende des Kalten Krieges nationale Sicherheitspolitik beeinflusst, verändert. Normen, Identitäten und Kultur nähmen bei der Formulierung nationaler Interessen einen immer wichtiger werdenden Stellenwert ein. Sicherheitsinteressen werden definiert durch Akteure, die auf kulturelle Faktoren reagieren. Empirisch konzentriert sich der vorliegende Band damit auf zwei in der Analyse von Sicherheitspolitik bis dahin wenig beachtete Determinanten nationaler Sicherheitspolitik: den kulturell-institutionellen Kontext der Politikentwicklungsprozesse und die konstruierte Identität der Staaten, Regierungen und anderen politischen Akteure. In den empirischen Beiträgen wird gezeigt, wie soziale Faktoren verschiedene Aspekte nationaler Sicherheitspolitik beeinflussen. „This book analyzes the effect of political identities. It views states as social actors. It analyzes political identities in specific historical contexts. And it traces the effects that changing identities have on political interests and thus on national security policies“.⁴³ Indem die Beiträge deutlich machen, daß politische Identität in einem signifikanten Ausmaß von der Umwelt, in der Staaten sich entwickeln und behaupten müssen, geprägt wird, nehmen sie Abschied vom materialistischen Identitätsbegriff und von der durch den „Rational-Choice“-Ansatz geprägten Auffassung, daß Identität exogen vorgegeben sei. Statt dessen werden der kulturell-institutionelle Kontext der politischen Umwelt und die politische Konstruktion von Identität als prägende Faktoren einer nationalen Sicherheitspolitik herausgestellt. Die empirischen Studien illustrieren, wie beide Faktoren dazu beitragen, Interessen zu definieren; sie zeigen, daß auch Kultur und Identität die Formulierung der Inhalte nationaler Sicherheitspolitik beeinflussen.

III. Der „cultural approach to diplomatic history“ und der soziologische Institutionalismus als Forschungsprogramm. Interessanterweise gibt es nicht nur in der amerikanischen diplomatiehistorischen Forschung ein Referenzwerk, auf das, wenn es um die methodische oder theoretische Einordnung der eigenen Forschungstätigkeit geht, immer wieder Bezug genommen wird: der von Akira Iriye formulierte Kulturansatz, sondern auch in den

42 Ebd., S. 149.

43 Katzenstein, Introduction, S. 25

Internationalen Beziehungen. Hier sind es die theoretischen Arbeiten aus dem Bereich des soziologischen, konstruktivistischen oder neoliberalen Institutionalismus.⁴⁴ Bevor deshalb auf die Frage eingegangen werden kann, wo ein Brückenschlag zwischen den Kulturansätzen in der Diplomatiegeschichte und den Kulturansätzen in den Internationalen Beziehungen möglich ist und wo die aus der Kritik der Historischen Sozialwissenschaft entstandene Debatte um „Kulturgeschichte“ das methodische und theoretische Fundament der kulturwissenschaftlich orientierten diplomatiehistorischen Forschungen bereichern kann, sollen die von Iriye und den Vertretern des soziologischen Institutionalismus formulierten Grundannahmen und Konzepte dargestellt und der in der Diplomatiegeschichte und den Internationalen Beziehungen benutzte Kulturbegriff analysiert werden. Zentral für den von Iriye für die Diplomatiegeschichte verfochtenen Kulturansatz ist der Versuch, Bedingungsbeziehungen zwischen Kultur- und Macht- bzw. Wirtschaftsansätzen herauszuarbeiten und die sich daraus ergebenden Erkenntnisse zu einem Forschungsprogramm zu verdichten.⁴⁵ Iriyes Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß Nationalstaaten nicht nur als „egoistische Nutzenmaximierer“ – um eine Vokabel des „Rational-Choice“-Ansatzes zu benutzen – agieren, d. h. Gewalt einsetzen, um sich selbst zu verteidigen, und häufig eigennützige Ziele verfolgen, um sich selbst zu bereichern. Vielmehr entwickelten Staaten, verstanden als nationale Gemeinschaften, ebenso wie Individuen Visionen, Träume und Vorurteile über sich selbst und über das internationale Umfeld, welche die Beziehungen zwischen den Staaten beeinflussen. Insofern, als „dreams, aspirations, and other manifestations of human consciousness“⁴⁶ im Prozeß der zwischenstaatlichen Interaktion über die Grenzen einer Nation, verstanden als kulturelles System,⁴⁷ hinweg vermittelt und geteilt werden,⁴⁸ seien internationale Beziehungen immer auch interkulturelle Beziehungen. Um sie

44 Die Bezeichnung jener neo-institutionalistischen Variante, die die soziale Konstruiertheit der Bedingungsfaktoren internationaler Austauschprozesse herausstreicht, ist mehrdeutig. Die drei genannten Adjektive zur Spezifizierung der soziologischen Variante werden gleichberechtigt gebraucht und bezeichnen den gleichen Ansatz. Zu den verschiedenen Varianten des Neo-Institutionalismus vgl. P. A. Hall u. R. C. R. Taylor, Political Science and the Three New Institutionalisms, in: Political Studies 44, 1996, S. 219–43; T. A. Krelble, The New Institutionalism in Political Science and Sociology, in: Comparative Politics 7, 1995, S. 231–44.

45 Iriye, Culture and International History, S. 214–25. In diesem Band werden verschiedene Herangehensweisen an das Phänomen ‚Kultur‘ im Kontext der Diplomatiegeschichtsschreibung vorgestellt. Vgl. darüber hinaus zum „cultural approach“ L. Hunt (Hg.), The New Cultural History, Berkeley 1989 (insbesondere die Einleitung).

46 Iriye, Culture and International History, S. 214.

47 Iriye bezeichnet die spezifischen Traditionen, sozialen und intellektuellen Orientierungen und politischen Arrangements einer Nation zusammengefaßt als ‚kulturelles System‘. Ebd., S. 215.

48 Ebd.

analytisch erfassen zu können, sei zunächst eine Unterscheidung zwischen intra-systemischen und extra-systemischen Verhaltensweisen notwendig. Erst nachdem die Charakteristika innerhalb eines kulturellen Systems erfaßt worden seien, könnten ihre Einflüsse auf die Interaktionen eines Nationalstaates mit anderen kulturellen Systemen analysiert werden, denn das „extra-systemic behavior of a system is a function of the intrinsic properties of the system on the one hand, and of the things reacted to, on the other“.⁴⁹ Demnach sollten Historiker der internationalen Beziehungen sich erstens mit der Entstehung, dem Erhalt und dem Wandel von kulturellen Produkten innerhalb der Nationalstaaten beschäftigen; sie sollten zweitens nach den Auswirkungen dieser Phänomene auf die Interaktionen zwischen Nationalstaaten fragen; und sie sollten sich drittens mit der Frage auseinandersetzen, ob und wie sich nationale kulturelle Systeme durch diesen Interaktionsprozeß verändern und Bestandteil eines globalen kulturellen Systems werden.⁵⁰ Die bislang geleisteten Forschungsarbeiten, die sich um die Erfassung kultureller Phänomene und die Analyse ihrer Bedeutung für die Außenpolitik eines Landes bemüht haben, lassen sich den von Iriye genannten drei Analyseebenen – der nationalen, der zwischen-nationalen und der globalen – zuordnen. Die Gruppe jener Arbeiten, die sich mit den ideologischen und intellektuellen „underpinnings“ zwischenstaatlichen Verhaltens befassen, also die nationale Ebene in den Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses stellen,⁵¹ konzentrieren sich auf das, was Paul Ricoeur als jene Schicht von Bildern und Symbolen, die die Grundvorstellungen eines Volkes bilden,⁵² oder was Bernard Bailyn als „interior world views“, „shared attitudes and responses“ und „mindsets“ bezeichnet hat.⁵³ Diese Kategorien helfen, das Verhalten und die Haltungen eines Landes gegenüber einem anderen zu erfassen. Die Forschungsbeiträge, die sich dieser ersten Richtung zuordnen lassen, leiden allerdings unter einer national orientierten Sichtweise internationaler Beziehungen. Sie betrachten internationale kulturelle Beziehungen lediglich als Zusammenspiel nationaler Ideologien, Traditionen, Emotionen und anderer kultureller Produkte. Das Ergebnis ist eine Nationalisierung internationaler Geschichte und damit eine unzulässige Verkürzung des Problembereiches internationaler Beziehungen.

Iriye fordert deshalb, die Frageperspektive entweder zu „transnationalisieren“ – d. h. zu untersuchen, wie sich nationale Kulturen, wenn sie auf andere nationale Kulturen treffen, durch den gegenseitigen Austausch und

49 L.A. White, *The Concept of Cultural Systems*, New York 1975, S. 20.

50 Iriye, *Culture and International History*, S. 216.

51 Vgl. etwa F. Gilbert, *To the Farewell Address: Ideas of Early American Foreign Policy*, Princeton 1961; H. DeSanti, *Diplomacy of Silence: The American Foreign Service, the Soviet Union, and the Cold War, 1933 to 1947*, Chicago 1980; M. H. Hunt, *Ideology and U.S. Foreign Policy*, New Haven 1987.

52 P. Ricoeur, *Geschichte und Wahrheit*, München 1974, S. 288.

53 B. Bailyn, *The Challenge of Modern Historiography*, in: *AHR* 87. 1982, S. 22.

infolge der dadurch provozierten Kommunikationssituationen verändern – oder zu „entnationalisieren“ – d. h. die Analyseebene von Staat/Nation auf Individuen und gesellschaftliche Gruppen zu verlagern. Letztere interagierten mit ihresgleichen nicht so sehr als Repräsentanten einer Nation, sondern als „fellow humans“ oder als Mitglieder einer bestimmten politischen, religiösen, gewerkschaftlichen oder kulturellen Gruppe.⁵⁴ Auf diese Forderungen geht eine zweite Art von „cultural studies of diplomatic history“ ein, nämlich diejenigen, die mit dem „cross-systemic approach“ arbeiten. Dieser Ansatz wurde bisher vor allem zur Analyse von Biographien genutzt. Nach der Gründung der Vereinigten Staaten waren es zunächst einzelne Händler, Missionare, Wissenschaftler, Lehrer, Seefahrer und Reisende, die einen ersten Kontakt mit fremden Völkern und Ländern herstellten, noch bevor konsularische Kontakte aufgenommen wurden. Was diese Individuen sahen, erlebten und nach Hause berichteten, bildete die Basis amerikanischer Außenbeziehungen fast bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Seit dem Ende der 1970er Jahre wird die Lebensgeschichte dieser Menschen rekonstruiert mit Hilfe von Methoden aus anderen Wissenschaften, vornehmlich der Sozialgeschichte, der Psychohistory und des Literary Criticism.⁵⁵ Auch in bezug auf diese Studien lassen sich Einwände formulieren. Kultureller Austausch darf nicht allein als Ausdruck privater, informeller Initiativen betrachtet werden; individuelle Begegnungen und zwischen-kulturelle Interaktionen werden häufig auch von offizieller Seite initiiert. So kann der Staat etwa den privaten Kulturaustausch für seine Zwecke instrumentalisieren, um indirekt das internationale Umfeld im Sinne der Ziele seiner Außenpolitik zu beeinflussen.⁵⁶ Im Rahmen auswärtiger Kulturpolitik macht der Staat schließlich Kultur und die über kulturelle Steuerungsmechanismen eröffneten Möglichkeiten der Sozialisierung fremder Gesellschaften zum expliziten Anliegen seiner Außenpolitik.⁵⁷ Deshalb fordert

54 Iriye, *Culture and International History*, S. 219.

55 Vgl. W. I. Cohen, *The Chinese Connection: Roger S. Greene, Thomas W. Lamont, George E. Sokolsky, and American-East Asian Relations*, New York 1978; J. Hunter, *The Gospel of Gentility: American Women Missionaries in Turn-of-the-Century China*, New Haven 1984; R. Rosenstone, *Mirror in the Shrine: American Encounters with Meiji Japan*, Cambridge/Mass. 1988.

56 Zu diesem Bereich liegt die Studie von Emily S. Rosenberg vor: *Spreading the American Dream*. Hierin demonstriert die Autorin, wie das offizielle Washington seit 1890 ein stetig wachsendes Interesse daran entwickelte, was Amerikaner außerhalb der eigenen Grenzen taten. Es war den Politikern daran gelegen, die Außenkontakte von Amerikanern im Sinne des nationalen Interesses (d. h. Schaffung eines internationalen Umfeldes, das die Ausdehnung des amerikanischen Handels und amerikanischer Investitionen begünstigte) zu beeinflussen.

57 Vgl. F. Ninkovich, *Diplomacy of Ideas: United States Foreign Policy and Cultural Relations, 1938–1950*, New York 1981; U. Lehmkuhl, *Pax Anglo-Americana: Machtstrukturelle Grundlagen anglo-amerikanischer Asien- und Fernostpolitik in den 1950er Jahren*, München 1999.

Iriye, auch die Beziehung zwischen der informellen und formellen Sphäre kultureller Interaktionen zu erfassen. Dieser Bereich internationaler Geschichte ist zwar äußerst komplex, er erhellt aber jene Art kultureller Aktivitäten, die die Beziehungen zwischen „a nation's self-definition as a culture and as a power (or as an economic system)“⁵⁸ direkt tangieren. Diese Ebene kultureller Interaktionen ermöglicht es, jene Faktoren internationaler Politik, die zum klassischen Themenspektrum der sich an der realistischen Schule orientierenden Diplomatieschichtsschreibung gehören, nicht nur additiv zu ergänzen durch Elemente des Perzeptionsansatzes oder der Feindbild- und Vorurteilsforschung, sondern sie erlaubt es, die Wechselwirkung zwischen dem Bereich der „hard facts“ und dem der „weichen Faktoren“ analytisch in den Blick zu bekommen.

Diese dritte Ebene der „cultural history“, die Iriye als den „global approach“ bezeichnet, baut auf Forschungen zu den Ebenen eins und zwei auf und versucht, nationale Kulturen und ihre Interaktionen mit Problemen der internationalen Staatengesellschaft zu verbinden und dabei der Frage nach der Existenz einer „global consciousness“ nachzugehen.⁵⁹ So wird z. B. häufig davon gesprochen, daß Japan zwar eine Weltmacht in wirtschaftlicher Hinsicht sei, kulturell aber isoliert dastehe. Wenn man allerdings von kultureller Isolation spricht, so setzt dies voraus, daß es so etwas wie eine internationale kulturelle Ordnung gibt, nach deren normativem Kanon eine Nation als isoliert bewertet werden kann. Es ist also danach zu fragen, wo weltweite Probleme existieren, die nationale Grenzen überschreiten, und ob es analog zum Aufstieg und Niedergang von Großmächten oder Weltwirtschaftssystemen globale kulturelle Trends und Gegentrends gibt. Es ist auch zu analysieren, ob ein bestimmter Typus kultureller Verhaltensweisen eine ganz spezifische Form der Außenpolitik generiert oder sogar einen einzigartigen außenpolitischen Ansatz bedingt.⁶⁰

Kulturkontakt, Kulturaustausch und daraus entstehende Konflikte in einem als Gesellschaftswelt charakterisierten internationalem System haben sich auch in der Politikwissenschaft zu einem zentralen Forschungsprogramm entwickelt.⁶¹ Ernst-Otto Czempiel hat in seiner Analyse des Strukturwandels im internationalen System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts herausgearbeitet, daß Gesellschaften in einem sehr viel umfassenderen Maße als vorher „die Politik mitbestimmen und dabei ihre Interessen an Identität, Tradition, Kultur, Religion miteinbringen, vor allem ihr Interesse an gesellschaftlicher Entwicklung“.⁶² „Der die Gesellschaftswelt charakterisierende entscheidende Vorgang, die Emanzipation der Gesellschaft gegenüber ihrem Politischen System, hat nicht nur zu veränderten Anforderungen an dessen Politik geführt. Er hat dem Politischen System das außenpolitische Monopol genommen und zahlreiche bedeutende und starke gesellschaftliche Akteure freigesetzt, die ihre eigenen Interaktionen mit der internationalen Umwelt unterhalten, und zwar sowohl mit den Politischen Systemen dort als auch mit den gesellschaftlichen Akteuren. Der rasante Ausbau der Kommunikations- und Verkehrsnetze hat diese Entwicklung beflügelt. Informationen können praktisch in Realzeit übertragen, Personen und Produkte in Zeitspannen transportiert werden, die die Welt schrumpfen lassen.“⁶³

Czempiel zeigt, daß die Gesellschaften durch ihre eigene Interaktion in und mit der internationalen Umwelt ein politisches Wirkungsfeld geschaffen haben. „Indem sie ihre Politischen Systeme zur Umwandlung ihrer Anforderungen auffordern und gleichzeitig selbst im internationalen System agieren, reißen die gesellschaftlichen Akteure die – ohnehin schon brüchige – Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik ein und verbinden beide Räume zu ‚intermestic affairs‘“.⁶⁴ Weltpolitische Kooperation sei der Ausdruck einer normativ integrierten „Gesellschaft“ von Staaten. Zwar bleibe die Struktur des Staatensystems, mit dem sich die Lehre von den internationalen Beziehungen ebenso beschäftigt wie die Internationale Geschichte oder die Diplomatieschichte, von den Eigenschaften und Beziehungen von staatlichen Akteuren abhängig, sie lasse sich aber nicht mehr auf sie reduzieren. Im Unterschied zum Ansatz der „transnationalen Politik“, mit dem auf die Zunahme gesellschaftlicher Akteure im internationalen System reagiert wurde und der die politischen Prozesse, die zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren ablaufen, theoretisch verarbeitet (und damit vom Forschungsprogramm her vergleichbar ist mit dem von Iriye beschriebenen „cross-systemic approach“), geht es Czempiel um die Erfassung von globalen Phänomenen, die Iriye unter dem „global approach“ subsumiert. Czempiel stellt dabei insbesondere die Emanzipationsbemühungen gesellschaftlicher Akteure gegenüber ihren politischen Systemen am Beispiel globaler Demokratisierungsprozesse heraus.⁶⁵ Die Verbindung dieser Form von global zu beobachtenden gesellschaftlichen Emanzipationsprozessen zu den Faktoren „Kultur“ und „Identität“ wird dadurch her-

58 Iriye, *Culture and International History*, S. 222.

59 Dies hat Iriye in der jüngst von ihm vorgelegten Studie „Cultural Internationalism“ versucht.

60 Im Fach „Internationale Beziehungen“ wird diese Frage z. B. aufgegriffen in den bereits zitierten Arbeiten von Peter Katzenstein, der danach fragt, ob es einen Zusammenhang zwischen nationaler Identität und nationaler Sicherheitspolitik gibt.

61 E.-O. Czempiel, *Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, München 1993. Für eine Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Dimension internationaler Geschichte vgl. auch Conze, S. 117–40.

62 Czempiel, *Weltpolitik*, S. 105.

63 Czempiel, *Kluge Macht*, S. 45.

64 Ebd.

65 Czempiel, *Weltpolitik*, S. 115. Vgl. hierzu auch die Forschung zum Thema „Democratic Peace“: T. Risse-Kappen, *Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle*, in: Fs. Czempiel, Frankfurt 1994, S. 159–89.

gestellt, daß u. a. durch die Emanzipation der Gesellschaft das Interesse an der eigenen Vergangenheit, an regionaler und lokaler Kultur wiederbelebt wird.⁶⁶ Der Einfluß von kulturellen und regionalen Identitäten auf die Gestaltung des internationalen Systems insbesondere im Hinblick auf Fragen von Krieg und Frieden ist ein weiterer thematischer Schwerpunkt der Internationalen Beziehungen, der als Ausdruck der etablierten analytischen Berücksichtigung der Tatsache bewertet werden muß, daß „große Politik“, „gesellschaftliche Alltagserfahrung“ und „Kultur“ in einer direkten, einander beeinflussenden Beziehung stehen. Harald Müller hat in seiner Replik auf Samuel Huntingtons These vom Kampf der Kulturen auf die Bedeutung der Identität (ein menschliches Grundphänomen, das durch gemeinsame kulturelle Praxis vermittelt und deshalb durch die Infragestellung der Sinnhaftigkeit überkommener Gewohnheiten erschüttert werde) als Mittel individueller Krisenbewältigung hingewiesen.⁶⁷ Auf die Relevanz kulturanthropologischer Faktoren wie Emotionen (insbesondere Angst und Haß) für die Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen haben schließlich amerikanische Sozialhistoriker, insbesondere Peter Stearns, in jüngster Zeit wieder aufmerksam gemacht.⁶⁸ *Wieder* deshalb, weil der Zusammenhang von Politikgeschichte und Anthropologie am Beispiel des Faktors „Emotionen“ bereits auf dem zweiten deutschen Soziologentag von 1912 thematisiert wurde.⁶⁹

Das Forschungsprogramm des „cultural approach to diplomatic history“ und der neo-institutionalistisch geprägten Politikwissenschaft kreist um den Zusammenhang von Ideen, Kultur, Institutionen und Strukturen. Die mikrogeschichtliche oder mikroanalytische Ebene individuell geprägter alltagsweltlicher Erfahrung wird korreliert mit der makrogeschichtlichen oder makroanalytischen Ebene struktureller Einflußfaktoren und Entwicklungsprozesse (Modernisierung, Demokratisierung). Institutionen bilden dabei – so die Vertreter des soziologischen Institutionalismus – „die Schnittstelle zwischen geistigen Produkten und kulturellen Handlungssystemen ...“, da in und durch Institutionen bzw. vermittelt über Institutionalisierungsprozesse ein Austausch zwischen Ideen und Kultur

66 Czempiel, *Weltpolitik*, S. 118.

67 H. Müller, *Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington*, Frankfurt 1999², S. 58–62. Für eine institutionentheoretische Betrachtung des Krisenbegriffs und ihre Anwendung auf historische Fragen vgl. H. M. Baumgartner, *Institution und Krise*, in: G. Melville (Hg.), *Institutionen und Geschichte. Theoretische Aspekte und mittelalterliche Befunde*, Köln 1992, S. 97–114.

68 C.Z. Stearns u. P.N. Stearns, *Anger: The Struggle for Emotional Control in America's History*, Chicago 1986; P.N. Stearns, *Jealousy: The Evolution of an Emotion in American History*, New York 1989; P.N. Stearns u. J. Lewis (Hg.), *An Emotional History of the United States*, New York 1998; P.N. Stearns, *Battleground of Desire: The Struggle for Self-Control in Modern America*, New York 1999.

69 Vgl. Gothein, *Soziologie der Panik*, Berlin 1912.

stattfindet.⁷⁰ In Institutionen spiegeln sich bestimmte Ideen und Elemente von Kultur wider, und durch die Institutionalisierung von Ideen und kulturellen Handlungsrepertoires läßt sich gesellschaftlicher Wandel rekonstruieren. Damit eröffnet die institutionelle Perspektive eine für die Analyse gesellschaftlicher Wandlungsprozesse zentrale Schnittstelle zwischen einer sozial- und kulturgeschichtlichen Betrachtungsweise, zwischen Mikro- und Makrogeschichte,⁷¹ die aber von der Geschichtswissenschaft, auch von der sich kulturhistorisch öffnenden Gesellschaftsgeschichte im Hinblick auf ihr theoretisches Erklärungspotential noch nicht entdeckt worden ist. Der Neo-Institutionalismus, durch den der Institutionenbegriff wiederentdeckt und neu belebt wurde, ist zugleich auch ein interdisziplinäres Konzept, das die Fragestellungen und Erkenntnisinteressen der Diplomatiegeschichte und der Politikwissenschaft mit einer gemeinsamen theoretischen Perspektive versehen kann, einer Perspektive, die nicht nur dem klassischen Interesse der Politikgeschichte und der Politikwissenschaft an Fragen von Macht, Herrschaft und Kontrolle Rechnung trägt, sondern dieses Interesse, vermittelt über den Institutionenbegriff, auch kulturtheoretisch zu fundieren vermag.

IV. Der Kulturbegriff in der Diplomatiegeschichte und den Internationalen Beziehungen. Iriye erklärt in seinem Beitrag über „Culture and International History“, daß es keine zufriedenstellende Kulturdefinition für die Analyse der internationalen Beziehungen gebe und auch kein theoretisches Werk „that serves as the point of departure for the application of the concept of culture to diplomatic history“. Es gebe aber eine Reihe von Studien, die zeigten, wie das Konzept gewinnbringend genutzt werden kann.⁷² Iriye definiert Kultur in Anlehnung an den von der Ethnologie und Soziologie entwickelten symbolischen Kulturbegriff⁷³ als „the sharing and transmitting of consciousness within and across national boundaries“ oder „the creation and communication of memory, ideology, emotions, life styles, scholarly and artistic works, and other symbols.“⁷⁴ Anthropologische Kulturkonzepte und die Ansätze der „New Cultural History“, welche die Konstruktivität von Wirklichkeit betonen, werden für die diplomatiehistorische Forschung damit noch nicht nutzbar gemacht, auch wenn dies im Kontext der Debatte um den „cultural approach“ durchaus gefordert wird.⁷⁵ In der amerikanischen

70 Ulbert, S. 39.

71 Vgl. G. Melville, *Institutionen als geschichtswissenschaftliches Thema*, in: ders. (Hg.), *Institutionen*, S. 1–24.

72 Iriye, *Culture and International History*, S. 214 f.

73 Als theoretischen Bezugspunkt wird auf L. A. White, *The Concept of Cultural Systems*, New York 1975, und C. Geertz, *Interpretation of Cultures*, New York 1973, verwiesen.

74 Iriye, *Culture and International History*, S. 215.

75 Vgl. M. H. Hunt, *The Long Crises in U.S. Diplomatic History: Coming to Closure*, in: *Diplomatic History* 16, 1992, S. 115–40.

diplomatiehistorischen Forschung wird in der Regel ein aus den Arbeiten von Clifford Geertz hergeleiteter Kulturbegriff benutzt. Unter Kultur wird die Art und Weise verstanden, wie Menschen ihrer Welt Sinn verleihen.

Eine heuristische Verarbeitung des vorhandenen Theorieangebots aus der Kulturwissenschaft oder der Ethnologie finden wir dagegen in der politikwissenschaftlichen Forschung, etwa in der von Cornelia Ulbert vorgelegten Studie „Konstruktion von Umwelt“. In einer kritischen Auseinandersetzung mit den Arbeiten von Aaron Wildavsky und Mary Douglas⁷⁶ wird ein Konzept von Kultur entwickelt, das von einer festen Korrelation zwischen Ideen, institutionellen Strukturen und kulturellen Handlungsrepertoires ausgeht. Dieses Konzept wird sodann umgesetzt in eine theoretisch aufwendig hergeleitete Forschungsheuristik.⁷⁷ Bei der Beschäftigung mit Kulturkonzepten in den Sozial- und Politikwissenschaften arbeitet Ulbert insgesamt drei Kulturdefinitionen heraus: Kultur als Wertorientierung und Lebensstil; Kultur als Gebilde von kollektiv konstruiertem und intersubjektiv geteiltem Bedeutungsgehalt sowie Kultur als Repertoire von Handlungsstrategien.⁷⁸ Ulbert fragt in ihrer Studie danach, „inwieweit die unterschiedlichen Positionen der USA und der Bundesrepublik Deutschland bei den Verhandlungen für eine internationale Klimakonvention auf den Einfluß unterschiedlicher Ideen und kultureller Handlungsrepertoires, die über unterschiedliche institutionelle Entscheidungskontexte vermittelt werden, zurückzuführen sind“.⁷⁹ Für das zur Beantwortung der Frage entwickelte Theoriedesign ist die doppelte Begrifflichkeit von Kultur, einmal als Sammelbezeichnung für handlungsleitende Ideen, die noch nicht notwendigerweise institutionalisiert sein müssen, und zum zweiten als Bezeichnung für die institutionalisierten Praktiken kultureller Handlungsoptionen, zentral. Kultur sei ein theoretisches Konstrukt, „das eine kognitive Komponente enthält, die sich in Wertorientierungen, Einstellungen und Überzeugungen manifestiert. Kultur drückt sich aber auch in einem institutionalisierten Handlungsrepertoire aus, durch das soziale Beziehungen vorstrukturiert und abgesichert werden.“⁸⁰ Kultur hat damit neben der kognitiven auch eine handlungsleitende Dimension. Ausgehend von diesem doppelten Kulturverständnis wird argumentiert, daß ein allgemeiner Zusammenhang zwischen Ideen, Institutionen und Kultur besteht. Ideen, Werte und Normen seien institutionalisierte Verhaltensweisen, die im Laufe der Sozialisation adaptiert werden und als solche den Kontext und die Regeln bestimmen, nach denen Re-

76 A. Wildavsky, *Choosing Preferences by Constructing Institutions. A Cultural Theory of Preference Formation*, in: APSR 81, 1987, S. 3–22; M. Douglas, *A Typology of Cultures*, in: M. Haller u. a. (Hg.), *Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages, des 1. Österreichischen Soziologentages und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988*, Frankfurt 1989, S. 85–97.

77 Zur Heuristik vgl. Ulbert, S. 69.

78 Ebd., S. 51.

79 Ebd., S. 64, 17.

80 Ebd., S. 64.

aktionen auf Veränderungen in der Umwelt ablaufen. Zugleich seien sie auch jene Faktoren, welche die Entstehung und Ausprägung individueller Denkbilder maßgeblich beeinflussen. Auch hier wird noch einmal der enge Zusammenhang zwischen den theoretischen Grundlagen des soziologischen Institutionalismus und dem Kulturbegriff in der Politikwissenschaft deutlich. Dabei treffen sich die theoretischen Vorstellungen von Institutionen und Kultur in einem zentralen funktionalen Aspekt, der beiden zugeschrieben wird. Beide steckten als kollektiv erzeugte bzw. sich in Kollektiven widerspiegelnde Konstrukte den Rahmen für soziales Handeln ab. Übertragen auf die zentralen Fragestellungen und Erkenntnisinteressen der Internationalen Beziehungen oder auch der Diplomatiegeschichte – die Frage danach, was den Prozeß der Politikformulierung und Umsetzung beeinflusst – heißt das, daß Entscheidungen für bestimmte politische Lösungsstrategien und Konzepte auf gemeinsam geteilten Wahrnehmungen von Wirklichkeit beruhen.⁸¹

Ein ähnliches Kulturverständnis mit Verweis auf zumindest teilweise die gleichen Autoren benutzen Christoph Conrad und Martina Kessel in ihrem Sammelband „Kultur und Geschichte“. Er wird an dieser Stelle deshalb erwähnt, weil sich hier über den Kulturbegriff im Hinblick auf die Grundlagen und das Theorieverständnis eine Brücke schlagen läßt zwischen der kulturgeschichtlichen Forschung im weitesten Sinne und politikhistorischen bzw. politikwissenschaftlichen Arbeiten. Kessel und Conrad erläutern in der Einleitung zu ihrem Band: „Der Begriff von Kultur, der hier im Mittelpunkt steht und auf den sich die Energie vieler neuerer Arbeiten richtet, ist prozeßhaft, akteursbetont, mehr am Weg als am Ergebnis interessiert. Er konzentriert sich zum einen auf die Produktion von Bedeutung. Mit dieser Definition wendet man sich – um Max Weber über Clifford Geertz zu rezipieren – der Art und Weise zu, wie Menschen ihrer Welt Sinn verleihen. In ähnlicher Absicht hat Roger Chartier den brauchbaren Kern des Mentalitätskonzeptes in Repräsentationen, Praktiken und Aneignungsweisen aufgelöst. Andere, die sich wie Mary Douglas eher an Durkheim orientieren, haben sich gefragt ‚Wie Institutionen denken‘, oder genauer: wie Kollektive Konsens erzeugen. Die Handelnden in solchen Prozessen der Stiftung und Verweigerung von Sinn, der Artikulation von Erfahrung, der Hegemonie und des Widerstands sind Individuen, Gruppen, Klassen und Institutionen.“⁸² Über die hier zitierte Kulturdefinition hinausgehend, weisen Conrad und Kessel auch auf einen Kulturbegriff hin, der die Konstituierung von Identitäten berücksichtigt. Dabei betonen sie insbesondere den Aspekt der diskursiven Konstruktion von Kategorien, die die „Subjek-

81 Ebd., S. 70. Vgl. auch U. Lehmkuhl, *Entscheidungsprozesse in der internationalen Geschichte. Möglichkeiten und Grenzen einer kulturwissenschaftlichen Fundierung außenpolitischer Entscheidungsmodelle*, in: Loth u. Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte*, S. 187–208.

82 C. Conrad u. M. Kessel (Hg.), *Kultur und Geschichte*, Stuttgart 1998, S. 10.

tivierung der Individuen steuern“ und sie gleichzeitig als „Akteure in diskursiven und symbolischen Feldern erscheinen“ lassen.⁸³

Damit wird auch im Kontext von „Kultur und Geschichte“ eine Funktion von Kultur thematisiert, die in den Internationalen Beziehungen – und zwar in der Debatte über die Relevanz einer kommunikationstheoretisch fundierten Handlungstheorie für die Erklärung des Zustandekommens internationaler Kooperation – ebenfalls intensiv und kritisch diskutiert wurde.⁸⁴ In den Internationalen Beziehungen konzentrieren sich die Bemühungen um eine Verarbeitung der diskurstheoretischen Aspekte der Theorie des kommunikativen Handelns⁸⁵ vor allem auf die Beantwortung von zwei Fragen: 1. Welche Rolle spielen kommunikatives Handeln und kommunikative Verhandlungsmodi im Prozeß internationaler Institutionenbildung?⁸⁶ 2. Welchen Beitrag leistet Kommunikation für die Effektivität und den Einfluß internationaler Institutionen? Für die Erklärung des Zustandekommens und der Institutionalisierung von internationaler Kooperation hat Harald Müller eine kommunikationstheoretisch fundierte Hypothese aufgestellt, die den von Conrad und Kessel betonten Steuerungsaspekt eines diskursiv konstruierten Kulturbegriffs aufgreift und theoretisch verarbeitet. Da sich Politik ganz überwiegend in sprachlicher Verständigung herstellen müsse, stelle der Prozeß sprachlicher Verständigung die entscheidende Brücke dar, die von der bloßen Motivation zusammenzuarbeiten zu tatsächlicher langfristiger Kooperation führe. Auch politisch Handelnde lassen sich von einem guten Argument überzeugen, ändern ihre Meinung und überdenken ggf. ihre Ziele. Sie sind nicht Gefangene einmal gesetzter Ziele und Prioritäten.⁸⁷

V. Versuch eines Brückenschlages: Zur Relevanz neo-institutionalistischer Ansätze für die kulturwissenschaftliche Fundierung Internationaler Geschichte. Die Analyse des Forschungsprogramms und des Kulturbegriffs hat eine ganze Reihe von konzeptionellen Gemeinsamkeiten zwischen geschichtswissenschaftlichen und politikwissenschaftlichen „Kulturansätzen“ zutage gefördert. In beiden Disziplinen wird ein soziologisches Akteursver-

83 Ebd.

84 Vgl. H. Müller, Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: ZIB 1. 1994, S. 15–44; ders., Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen, in: ZIB 2. 1995, S. 371–92.

85 J. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt 1982².

86 Vgl. V. v. Prittwitz (Hg.), Verhandeln und Argumentieren. Dialog, Interessen und Macht in der Umweltpolitik, Opladen 1996, insbesondere der Beitrag von Saretzki, Wie unterscheiden sich Argumentieren und Verhandeln? Definitionsprobleme, funktionale Bezüge und strukturelle Differenzen von zwei verschiedenen Kommunikationsmodi, in: ebd., S. 19–40.

87 Müller, Internationale Beziehungen, S. 15, 37; T. Risse-Kappen, Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: ZIB 2. 1995, S. 178 f.

ständnis zugrunde gelegt, das sowohl den monolithischen Staatsbegriff auflöst⁸⁸ als auch die Charakterisierung des politischen Akteurs als eines ausschließlich rational handelnden Wesens im Sinne des „homo oeconomicus“ in Frage stellt. Beide Disziplinen betonen kognitive und normative Faktoren. Sie gehen davon aus, daß der soziale Akteur sich in einem spezifischen Erkenntniszusammenhang befindet: Er ist eingebunden in ein Netz intersubjektiver Bedeutungsgehalte, trifft seine Entscheidungen norm- und regelgeleitet und bildet seine Präferenzen in Abhängigkeit von subjektiven Faktoren, historisch-kulturellen Erfahrungen und institutionellen Einbindungen.⁸⁹ Auch im Hinblick auf die epistemologischen Grundlagen können methodische Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Disziplinen festgestellt werden. Der soziologische Institutionalismus bedient sich wie die kulturwissenschaftlich fundierte historische Forschung im Unterschied zu den behavioristisch geprägten Theorieansätzen in der Politikwissenschaft und der Historischen Sozialwissenschaft nicht der erklärenden, sondern der verstehenden Methode. Die Welt werde durch die gesellschaftlich Handelnden selbst konstituiert und von der Sozial- und Geschichtswissenschaft reinterpretiert.⁹⁰ Durch die Sensibilisierung der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung für die historische und kulturelle Kontingenz einzelner Phänomene wurde im Zuge der „dritten Theorieerdebatte“⁹¹ der historische Kontext, in dem Akteure stehen und in dem sich Institutionen, Praktiken und Normen herausbilden, für die politikwissenschaftliche Theoriebildung und empirische Analyse wieder interessant – und damit umgekehrt das politikwissenschaftliche Theorieangebot für die politikhistorische Forschung. Nicht nur in den Internationalen Beziehungen, sondern auch in der Diplomatiegeschichte wird das internationale System nicht mehr ausschließlich als „Staatenwelt“ betrachtet, sondern als sozio-kulturelles System, als „Gesellschaftswelt“. Damit werden neben kulturellen und normativen Faktoren auch soziale Strukturen zur Erklärung bestimmter außenpolitischer Abläufe und Entwicklungen oder für die Analyse von internationalen Prozessen herangezogen. Dabei nähern sich politikhistorische und sozial- bzw. kulturhistorische Fragestellungen einander an. Auch die von der Historischen Sozialwissenschaft der 1970er Jahre betonten gesellschaftlichen Akteure und gesellschaftlichen Strukturen gehören außer den Ideen, Normen und Werten

88 Vgl. etwa G. Schöllgen, Die Macht in der Mitte Europas, München 1992.

89 T. Schaber u. C. Ulbert, Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theorieerdebatte, in: ZIB 1. 1994, S. 139–69, hier: S. 142.

90 A. Giddens, Interpretative Soziologie. Eine kritische Einführung, Frankfurt 1984, S. 199; hinsichtlich des Unterschieds zwischen verstehenden und erklärenden Ansätzen vgl. Schaber u. Ulbert, S. 143; G.H. Wright, Erklären und Verstehen, Frankfurt 1974, sowie R. Schnell u. a., Methoden der empirischen Sozialforschung, München 1993⁴, S. 78–102.

91 Zur Einordnung der „dritten Theorieerdebatte“ um reflexive oder interpretative Ansätze in der Politikwissenschaft vgl. Schaber u. Ulbert.

zu den zentralen Bezugsgrößen für die Erklärung der Ursachen von Interaktionen, Konflikten und Entscheidungsabläufen, die in der Sphäre „jenseits des Nationalstaats“ stattfinden. Schließlich arbeiten beide Disziplinen, Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft, mit einem aus der Kulturtheorie und der Anthropologie hergeleiteten Kulturbegriff, der kognitive und handlungsleitende Dimensionen umfaßt. Es besteht insofern kaum Mangel an konzeptionellen Brücken zwischen einer kulturwissenschaftlich fundierten Gesellschaftsgeschichte, dem „cultural approach to diplomatic history“ und dem sich hinter dem soziologischen Institutionalismus verbergenden Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen.

Brücken zwischen den Disziplinen sind wichtig. Wichtig ist aber auch ein gewisses Maß an disziplinärem Profil. Die von den amerikanischen Wissenschaftlern beklagte mangelnde Attraktivität der Diplomatiegeschichte wird nicht dadurch behoben, daß sie sich immer mehr den Fragestellungen der „attraktiven“ historischen Teildisziplinen annähert und dabei das eigene Profil und die spezifischen Erkenntnisinteressen vernachlässigt. Schließlich gibt es politikhistorische bzw. politikwissenschaftliche Fragestellungen, die über die sozial- und kulturgeschichtlichen Perspektiven hinausgehen, dabei aber Ideen, Normen und Kultur berücksichtigen. Dazu gehört etwa die politikhistorisch wie politikwissenschaftlich zentrale Analyseeinheit des politischen „Interesses“. In der politikwissenschaftlichen Debatte ist der Zusammenhang von Ideen und Interessen bereits frühzeitig erkannt und thematisiert worden. Es wird nach dem Zusammenwirken von Ideen und Interessen gefragt und in Anlehnung an die Weber-Rezeption von Rainer Lepsius auch die Bedeutung von Institutionen im Zusammenhang mit Interessen und Ideen thematisiert.⁹² Ideen beeinflussen die Interessen der handelnden Akteure insofern, als sie die Weltbilder, die die Umweltwahrnehmung und die Wahrnehmung, die Akteure von Handlungsalternativen haben, strukturieren. Ideen und Interessen werden durch Institutionen vermittelt. „Interessen sind ideenbezogen, sie bedürfen eines Wertbezuges für die Formulierung ihrer Ziele und für die Rechtfertigung der Mittel, mit denen diese Ziele verfolgt werden. Ideen sind interessenbezogen, sie konkretisieren sich an Interessenlagen und erhalten durch diese Deutungsmacht. Institutionen formen Interessen und bieten Verfahrensweisen für ihre Durchsetzung. Institutionen geben Ideen Geltung in bestimmten Handlungskontexten.“⁹³

Zum Forschungsprofil der Diplomatiegeschichte gehört auch die Auseinandersetzung mit den Fragen von Krieg und Frieden, Macht und Herrschaft – Kategorien, die ebenfalls für die historische Forschungsarbeit, die sich mit Vorläufern des Globalisierungsprozesses auseinandersetzt, indem sie etwa Phänomene des Kulturtransfers analysiert, eine zentrale Rolle spielen,

92 M. R. Lepsius, *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, 93 Ebd., S. 7.

die gleichwohl infolge der Dominanz der mikrohistorischen Variante der mentalitäts- und kulturgeschichtlichen Forschung während der 1980er Jahre in den Hintergrund gedrängt worden sind. Die Analyse von Konfliktursachen und Kooperationsbedingungen, Steuerungsformen und Steuerungsmitteln ist rückzubinden an die Kategorie des Interesses und seiner Formung durch Institutionen. Mehr als jene neue kulturwissenschaftlich orientierte Sozial- und Gesellschaftsgeschichte, die ihr theoretisches Fundament vor allem in der Rezeption französischer Soziologen sucht, muß eine kulturwissenschaftlich fundierte Politik- und Diplomatiegeschichte an institutionentheoretische Überlegungen anknüpfen.

Dabei kann auch kritisch die Frage gestellt werden, was – aus geschichtswissenschaftlicher Sicht – denn eigentlich neu am Neo-Institutionalismus ist. Soziale und politische Institutionen waren schließlich schon seit dem 19. Jahrhundert ein zentraler Gegenstand der geschichtswissenschaftlichen Forschung und der angrenzenden Disziplinen wie etwa der Kirchen- oder Rechtsgeschichte. Um die Wende zum 20. Jahrhundert hat Otto Hintze mittelalterliche „Verfassungsgeschichte“ und neuzeitliche „Verwaltungsgeschichte“ konzeptionell zur vergleichenden Institutionengeschichte im europäischen Zusammenhang synthetisiert. Seine Arbeiten sind für die politikhistorische Forschung auch heute noch methodisch und theoretisch interessant, zumal sich seine Fragestellungen und Forschungsmethoden in vielerlei Hinsicht mit den neo-institutionalistischen Ansätzen decken.⁹⁴ Hintze konzentrierte sein Forschungsinteresse auf die Genese des modernen Staates, seiner Organe und politischen Formen. Hintze griff dabei auf den institutionengeschichtlichen Ansatz von Gustav Schmoller zurück und erhob ihn zum Forschungsprogramm für eine „allgemeine vergleichende Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der neueren Staatenwelt“.⁹⁵ In seiner Institutionengeschichte beschränkte sich Hintze keineswegs ausschließlich auf die äußeren Formen der Institutionen, sondern er betonte die „sozial-psychische“ Dimension der Institutionen und, im Anschluß an Max Weber und ähnlich wie zeitgleich Marc Bloch, die Notwendigkeit ihres „Verstehens von innen“.⁹⁶ Für die Zukunft der Diplomatiegeschichte ist es wichtig, den Diskurs mit der Soziologie, der Sozial- und Gesell-

94 O. Hintze, *Historische und Politische Aufsätze*, Bd. 4, Berlin o. J.; ders., *Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur Allgemeinen Verfassungsgeschichte*, hg. v. G. Oestreich, Göttingen 1962; ders., *Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen zur Soziologie, Politik und Theorie der Geschichte*, hg. v. G. Oestreich, Göttingen 1964; ders., *Gedächtnisrede auf Gustav von Schmoller*, Berlin 1918.

95 Vgl. D. Gerhard, *Otto Hintze – Persönlichkeit und Werk*, in: O. Büsch u. M. Erbe (Hg.), *Otto Hintze und die moderne Geschichtswissenschaft*, Berlin 1983, S. 3–18; P.R. Anderson, *Gustav v. Schmoller*, in: *Deutsche Historiker*, Bd. 2, hg. v. H.-U. Wehler, Göttingen 1971, S. 39–65.

96 Vgl. G. Oestreich, *Otto Hintzes Stellung zur Politikwissenschaft und Soziologie*, in: Hintze, *Soziologie und Geschichte*, S. 55.

schaftsgeschichte sowie den Kulturwissenschaften zu suchen. Ebenso wichtig ist es aber auch, sich der eigenen Traditionen bewußt zu sein und diese im Rahmen einer „modernen“ Theorie- und Methodendiskussion wiederzubeleben. Dabei spielt der institutionentheoretische Ansatz im Sinne des soziologischen Institutionalismus sicherlich eine zentrale, bislang jedoch noch nicht hinreichend gewürdigte Rolle.

VI. Internationale Geschichte im Spannungsfeld von Sozialgeschichte der Außenpolitik und Kulturgeschichte der Internationalen Beziehungen. In bezug auf die diplomatiehistorische Forschung wie die Internationalen Beziehungen läßt sich festhalten, daß im Unterschied zu den verschiedenen Spielarten von Kulturgeschichte, wie etwa des „New Historicism“, der Mikrogeschichte, der Neuen Geistesgeschichte oder der Historischen Anthropologie, die auf die „Herausforderung der Kulturgeschichte“ reagiert haben, „indem sie eher programmatisch und theoretisch, teils abwehrend, teils werbend, über kulturgeschichtliche Ansätze debattiert und geurteilt haben, anstatt in gelungenen oder provozierenden Studien selbst von Kultur zu sprechen“, ⁹⁷ sich die Situation genau umgekehrt darstellt. Es wird über Kultur empirisch geforscht und es liegen mittlerweile interessante historische Arbeiten vor, aber die methodisch-theoretische Fundierung fehlt in den meisten Fällen. Zentral für die politikhistorische Forschung scheint zu sein, daß diese empirischen Arbeiten die „Modernität“ einer sozial- und kulturwissenschaftlich fundierten Diplomatiegeschichte und damit die Attraktivität von Diplomatiegeschichte, trotz aller Unkenrufe, deutlich illustrieren. Hinsichtlich der Themen, mit denen sich diese Studien auseinandersetzen, ist eine bemerkenswerte Übereinstimmung mit den inhaltlichen Interessen der Internationalen Beziehungen festzustellen. Diplomatiegeschichte oder Internationale Geschichte und Internationale Beziehungen beschäftigen sich mit internationalen Vergesellschaftungsprozessen oder mit Phänomenen transnationaler Politik. Dabei werden nicht mehr nur die klassischen politikwissenschaftlichen Konzepte, wie etwa die von Karl Kaiser bereits 1969 formulierte Systematik der unterschiedlichen Spielarten transnationaler Politik ⁹⁸ und die Weiterentwicklung dieses Ansatzes durch Thomas Risse, der die Einflußmöglichkeit transnationaler Akteure auf politische Entscheidungen auf die Struktur des politischen Systems zurückführt, in dem diese Akteure sich Gehör verschaffen wollen, diskutiert, ⁹⁹ sondern es werden mittlerweile Ansätze aus der Ethnologie wie etwa die Grenzmetaphorik aufgegriffen, um Phänomene wie die kulturelle und soziale

⁹⁷ Conrad u. Kessel, S. 13.

⁹⁸ K. Kaiser, Transnationale Politik, Zu einer Theorie der multinationalen Politik, in: E.-O. Czempel (Hg.), Die anachronistische Souveränität. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, Opladen 1969, S. 80–109.

⁹⁹ T. Risse-Kappen (Hg.), Bringing Transnational Relations Back In. Non-State Actors, Domestic Structures and International Institutions, Cambridge/Mass. 1995.

Auflösung bzw. Verschiebung zwischenstaatlicher Grenzen, die Bildung grenzüberschreitender kultureller Regionen und ihre Auswirkungen auf die „Politik jenseits des Nationalstaats“ zu analysieren. Umgekehrt hat, wie Dieter Haller herausstellt, ¹⁰⁰ auch „die ethnologische Beschäftigung mit politischen Grenzen, vormals eher von marginalem Interesse, . . . in den 90er Jahren einen Aufschwung erlebt, der sicherlich mit der Destabilisierung des internationalen Gefüges nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der Entfesselung des grenzenlosen Kapitalismus – Stichwort: Globalisierung – in enger Verbindung steht.“ ¹⁰¹ Weitere Forschungsschwerpunkte, die belegen, daß wir auf dem von Thomas Welskopp als Zukunftsperspektive für die Historische Sozialwissenschaft gezeichneten Weg einer sozialen Geschichte des Politischen bereits ein gutes Stück vorangeschritten sind, sind Prozesse transnationaler Konvergenz innerstaatlicher Werte, etwa das Entstehen globaler Verbrauchereinstellungen, die Ausbreitung demokratischer Regierungsformen, des Sozialstaates, die Anstrengungen zum Schutz der Menschenrechte usw. ¹⁰²

Daher ist die Kulturgeschichte der internationalen Beziehungen zwischen den Polen der Mikro- und der Makrohistorie anzusiedeln. Sie kann sich mit Universalgeschichte oder auch mit Historischer Anthropologie befassen, sie kann aber auch empirische Untersuchungen umfassen, die man in die Alltagsgeschichte einordnen mag. Dabei bewegt sich die diplomatiegeschichtliche Forschung konzeptionell zwischen einer Sozialgeschichte der Außenpolitik und einer Kulturgeschichte der Internationalen Beziehungen. Mit diesen beiden Polen wird ein Forschungsfeld beschrieben, das über die „ausgetretenen Pfade des Neorankeantertums“ ¹⁰³ nicht zu bestellen ist, das aber nicht zuletzt mit Hilfe soziologischer und kulturwissenschaftlicher Wegweiser erkannt und intensiv beackert wird. Die empirischen Forschungsarbeiten bedürfen fraglos noch einer intensiveren methodisch-theoretischen Fundierung vor allem durch eine Rezeption des Theorieangebots der Internationalen Beziehungen. Den in den nächsten Jahren zu erwartenden Früchten dieser Arbeit kann man erwartungsvoll entgehen.

Prof. Dr. Ursula Lehmkuhl, Universität Erfurt, Nordamerikanische Geschichte, Postfach 900221, 99105 Erfurt

¹⁰⁰ Vgl. M. Roesler u. T. Wendl (Hg.), *Frontiers and Borderlands. Anthropological Perspectives*, Frankfurt 1999; oder der sich in Vorbereitung befindende Sammelband einer Konferenz der Bayerischen Amerika-Akademie zum Thema „Transnational America: The Fading of Borders in the Western Hemisphere“ (erscheint 2001).

¹⁰¹ Haller über Roesler u. Wendl, Rezensionendienst „Europäische Ethnologie/Kulturanthropologie/Volkskunde“, in: *H-Soz-u-Kult*, 14.8.00.

¹⁰² Auf diesen Aspekt des internationalen Strukturwandels hat Alexander Wendt in seinem Beitrag „Der Internationalstaat: Identität und Strukturwandel in der internationalen Politik“, in: U. Beck (Hg.), *Perspektiven der Weltgesellschaft*, Frankfurt 1998, S. 381–410, hier: S. 395, hingewiesen. Auf eine Auflistung der umfangreichen Literatur zu den genannten Aspekten möchte ich an dieser Stelle verzichten.

¹⁰³ Wehler, „Moderne“ Politikgeschichte, S. 266.